



Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

Der Landrat

Dezernent

Arta Georg Dittmar
Telefon 07031-663 1462
Telefax 07031-663 1618
a.dittmar@lrabb.de
Zimmer B 254

12. Mai 2011

**Appell an die neue Landesregierung zur Aufstockung der
Investitionsfördermittel für Krankenhäuser**

Anlage: Schreiben an den neuen Ministerpräsidenten

I. Vorlage an den

Kreistag zur Beschlussfassung

am 23.05.2011

II. Beschlussantrag

1. Die neue Landesregierung wird aufgefordert, zeitnah die Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser aufzustocken.

Es wird gebeten, die Förderkriterien so anzupassen, dass eine flächendeckende Versorgung durch Krankenhäuser in öffentlicher und freigemeinnütziger Trägerschaft gesichert wird.

III. Begründung

In ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg hatten die Grünen gefordert, dass die Investitionskosten der Krankenhäuser durch das Land zu übernehmen sind und haben zugesagt, im Fall eines Wahlsieges die Landesmittel für Investitionskosten auf 600 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen.

Auch die SPD hatte sich in ihrem Wahlprogramm für die Sicherung der öffentlichen Krankenhäuser ausgesprochen und hat avisiert die Investitionsmittel für die gemeinnützigen Krankenhäuser schrittweise zu verdoppeln.

Im Koalitionsvertrag haben die beiden Regierungsparteien dies bekräftigt und festgehalten, dass sie eine flächendeckende Grundversorgung im stationären Bereich sichern wollen.

Es ist von höchster Bedeutung, dass diese Zusagen so rasch als möglich eingelöst werden.

Der Kreistag Böblingen richtet deshalb einen Appell an die neue Landesregierung, die Aussagen im Koalitionsvertrag frühestmöglich umzusetzen. Dabei wird eine zeitnahe, deutliche und nachhaltige Aufstockung der Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser sowie eine Neuformulierung der Förderkriterien gefordert. Insbesondere soll dabei Wert gelegt werden auf eine Unterstützung der Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung durch Krankenhäuser in öffentlicher und freigemeinnütziger Trägerschaft wie im Kreis Böblingen.

Durch eine Bereitstellung von mehr Investitionsmitteln durch das Land können künftig notwendige Investitionskostenzuschüsse durch die Krankenhausträger des Klinikverbands Südwest zur Aufrechterhaltung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung im Kreis Böblingen gering gehalten werden. Das ist dringend notwendig. Bereits in der Vergangenheit hat der Landkreis in erheblichem Umfang Mittel für Krankenhausinvestitionen bereit gestellt. Ein großer Teil der notwendigen Investitionen wurden in Form von Darlehen finanziert.

Allein im Eigenbetrieb „Liegenschaften der Krankenhäuser“ liegt der Schuldenstand bei rd. 26,3 Mio. Euro. Hinzu kommen wachsende Schulden für investive Maßnahmen in den Gesellschaften des Klinikverbundes Südwest.

Ein wesentlicher Grund für diese kritische Entwicklung liegt in der unzureichenden Investitionsförderung des Landes.

Der Investitionsbedarf ist hoch, die Landeszuschüsse niedrig. Allein in diesem Jahr investiert der Klinikverbund rd. 41,5 Mio. Euro in die sechs Häuser in Sindelfingen, Böblingen, Leonberg, Herrenberg sowie in Calw und Nagold. Die Zuschüsse des Landes reichen nur für rd. 55% der Kosten.

Das ist absolut unbefriedigend. Neben der wachsenden Verschuldung hat dies zwangsläufig zu einem strengen Personalkurs geführt.

Inzwischen ist die Schmerzgrenze erreicht! Die chronische Unterfinanzierung ist nicht länger tolerabel. Es muss daher mehr Geld in das Finanzierungssystem der Krankenhäuser. Deshalb soll die neue Landesregierung aufgefordert werden, die Landesförderung zu erhöhen um auch kleineren Kliniken in öffentlicher Hand eine Zukunftsperspektive zu bieten.



Roland Bernhard